WP-3-654-5 Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 15.01.2026

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 654 einfügen:
Hochschulen sind immer schon auch Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Universitäten müssen Räume bleiben, in denen friedlicher Protest, studentischer Aktivismus und kontroverse Debatten möglich sind und geschützt werden. Gerade in Zeiten großer politischer Unsicherheiten und Frustration braucht es mehr niedrigschwellige, moderierte Debattenräume, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen, Dialog fördern und Polarisierung entgegenwirken. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sind dabei untrennbar mit dem Recht auf Protest verbunden. Zugleich setzen wir uns für die Wahrung der institutionellen Autonomie der Hochschulen ein und wollen politische Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten begrenzen.

Begründung

Die Vorkommnisse im Zuge der Situation in Gaza an Berliner Hochschulen haben deutlich gemacht, wie fragil die Balance zwischen Meinungsfreiheit, Protestrecht und staatlichem Eingreifen derzeit ist. Anstatt diese Auseinandersetzungen als Ausdruck demokratischer Teilhabe ernst zu nehmen und durch Dialogformate zu begleiten oder eskalierende Proteste konstruktiv zu deeskalieren, kam es wiederholt zu pauschalen Einschränkungen von Versammlungen, zu polizeilichen Interventionen auf dem Campus und zu politischen Vorgaben von außen, die tief in hochschulinterne Entscheidungsprozesse eingegriffen haben.

Insbesondere die Eingriffe des Berliner Senats unter Kai Wegner in institutionelle Befugnisse der Hochschulen haben gezeigt, dass die Autonomie der Wissenschaft und der Selbstverwaltung nicht ausreichend geschützt ist, wenn politische Konflikte eskalieren. Die Grünen setzen sich daher ausdrücklich für den Schutz studentischen Engagements, für institutionelle Autonomie und gegen politische Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten als Voraussetzung für eine lebendige, demokratische und pluralistische Hochschullandschaft in Berlin ein.